

Integration ohne Selbstaufgabe

Tagung der Rabanus-Maurus-Akademie zum Thema Ausländerpolitik

Von unserem Redaktionsmitglied Krimhilde Marx

Frankfurt. — Als „sehr weitgehend“ und „überraschend“ haben Vertreter der katholischen und der evangelischen Kirche am Wochenende im Frankfurter Dominikanerkloster das Memorandum begrüßt, das der Bundesbeauftragte für Ausländerfragen, der ehemalige nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn, kürzlich vorgelegt hat. Darin war der bislang als verbindlich angesehenen These, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland, widersprochen worden. Weiter hatte Kühn Vorschläge für eine konsequente Integrationspolitik vorgelegt, u. a. Optionsrecht für die in der Bundesrepublik geborenen und aufgewachsenen Jugendlichen auf Einbürgerung, generelle Überprüfung des Ausländerrechts und Stärkung politischer Rechte etwa durch das Einräumen des kommunalen Wahlrechts. Insbesondere plädierte Kühn dafür, Ausländerpolitik nicht mehr unter rein arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten, sondern als gesamtgesellschaftliches Anliegen zu betrachten.

Zustimmung zu Kühn

Auf der Tagung der Rabanus-Maurus-Akademie mit dem Thema „Ausländerpolitik — eine junge Generation zwischen Germanisierung und Gettoisierung“ fanden diese Vorschläge ungeteilte Zustimmung. Nach Meinung des EKD-Ausschusses für den kirchlichen Dienst an ausländischen Arbeitnehmern wurde die Wahrung der Identität von Einwanderern im Kühn-Memorandum aber zu wenig berücksichtigt. Oberkirchenrat Jürgen Micksch kritisierte, es werde zu wenig Rücksicht genommen

auf Tradition und Besonderheiten ethnischer Gruppen, die sehr wohl eine Bereicherung für die bundesrepublikanische Gesellschaft sein könnten. Vor allem dürfe das Optionsrecht nicht auf die Jugendlichen beschränkt werden. Bemängelt wurde auch das Fehlen eines Alphabetisierungsprogramms — viele Ausländer beherrschten nicht die lateinischen Schriftzeichen — sowie einer Empfehlung, bestimmte erschwerende Regelungen des Aufenthaltsrechts wegfallen zu lassen.

Kein homogener Kreis

Der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Josef Homeyer, betonte, daß man die ausländischen Arbeitnehmer nicht als einen homogenen Personenkreis mit gleichgerichteten Interessen betrachten könne. Wie berechtigt dieser Hinweis war, zeigte sich im Verlauf der Tagung — wohl auch zur Überraschung der Veranstalter selbst —, als konträre Standpunkte der anwesenden Griechen zur Frage biligualer Unterricht oder Besuch deutscher Regelschulen aufeinanderprallten.

Um Germanisierung wie auch Gettoisierung zu verhindern, muß nach Meinung von Prälat Homeyer die Integration in einer Form geschehen, die sowohl den eigenen (deutschen) Standpunkt erläutert, als auch das Anderssein und Andersdenken akzeptiert und Raum gibt für eine eigenständige Entwicklung. Ein besonderes Problem sei hierbei die Sprache. Sie dürfe den Ausländerkindern nicht genommen werden, da sie mit dem Verlust der Muttersprache auch die Bindung in der Familie verlören und sich nicht mehr mit ihren Eltern verständigen könnten. Insofern hätte man sich auf einen langen zweisprachigen Zeitraum einzustellen, in dem die Kinder auch den Werten und der Kultur ihres Landes verbunden bleiben müßten, wolle man nicht einen zusätzlichen Generationskonflikt heraufbeschwören. Die Aufgabe der Kirche sah Homeyer darin, die Kontakte zwischen Deutschen und Ausländern zu verstärken. Möglichkeiten, eine solche Entwicklung mit „Phantasie, Geduld und Entschiedenheit“ voranzutreiben, seien unter anderem Mitwirkung von Ausländern im Pfarrgemeinderat, Beteiligung an Freizeiteinrichtungen sowie Bereitstellung fremdsprachlicher Literatur in Pfarrbibliotheken. „Ausländer fürchten — teilweise zu recht —, auch in der Kirche nicht brüderlich behandelt zu werden.“

Einwandererland

Einig waren sich die Tagungsteilnehmer, daß eine Wende in der Ausländerpolitik stattgefunden habe. Der Chef der Hessischen Staatskanzlei, Staatssekretär Reinhart Bartholomäi, führte aus, daß das frühere Einwandererland Deutschland vierzig Jahre nach Auschwitz zu einem Einwandererland geworden sei. Während jedoch Immigranten in den traditionellen Einwandererländern USA und Australien zumindest bis in die 20er Jahre mit dem Bestreben gekommen seien, möglichst bald mit der ansässigen Bevölkerung zu verschmelzen; sei dies in der Bundesrepublik nicht der Fall.

„Ausländerpolitik muß mit warmem Herzen, aber kühlem Kopf gemacht werden“, forderte Bartholomäi. Sie verlange einen Verantwortungsethiker, der stets die Konsequenzen seines Handelns überblickt. Es sei ein „historisches Glück“ für die zweite Ausländergeneration, daß die Zeit der geburtenstarken deutschen Jahrgänge vorüber sei. Zwar befürwortete der Staatssekretär das Optionsrecht für Ausländer, gleichwohl könne man davon ausgehen, daß, zumindest was die erste Generation, also die älteren Ausländer, betrifft, wenig Gebrauch davon gemacht werde. Dennoch komme es hier wie auch in anderen Bereichen besonders auf die staatliche Geste an. Auf eine europäische Nationalität angesprochen, die die Einbürgerung überflüssig machen könnte, sagte der Staatssekretär: „Angesichts der Skepsis in den anderen europäischen Ländern gegenüber einem geeinten Europa wäre es unfair, die ausländischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik auf das Himmelreich einer europäischen Nationalität zu verweisen.“

Gettobildung verhindern

Oberbürgermeister Wallmann bestätigte, daß auch in Frankfurt Anträge auf Einbürgerung nur in geringem Umfang gestellt werden, obwohl 70 Prozent aller ausländischen Haushaltsvorstände seit 1970 in der Mainmetropole leben. Eine vollständige Integration der ausländischen Arbeitnehmer ist seiner Meinung nach nur zu erreichen, wenn sie von diesen mit allen Konsequenzen gewünscht wird. In einem solchen Falle sollte sie aber staatlicherseits gefördert werden. Gettobildung müsse verhindert werden. Dies bedeute jedoch nicht, daß Wohnquartiere, in denen eine größere Gruppe von Ausländern zusammenlebt, nicht wünschenswert seien. Unter der Voraussetzung, daß sie nicht ausschließlich von Ausländern bewohnt wären, könne er sich sogar vorstellen, daß dies sehr hilfreich etwa für eine intensivere Jugendarbeit sein könne.